

# Neues aus Niedersachsen

## Newsletter aus Hannover für die Region



Liebe Leserinnen und Leser,

das Juni-Plenum des Niedersächsischen Landtags bot Raum für wichtige Debatten – und unsere CDU-Fraktion hat klare Positionen bezogen. Im Mittelpunkt stand für uns dabei ein Thema, das viele Eltern und Lehrkräfte bewegt: Handys in der Schule. Wir sagen klar – der Schulalltag braucht Regeln. Kinder sollen sich auf Lernen und miteinander konzentrieren können, ohne ständige Ablenkung. Deshalb fordern wir eine landesweite Leitlinie: „Pause fürs Handy – Fokus fürs Kind.“

Auch in anderen Bereichen haben wir konkrete Vorschläge eingebracht. So wollen wir mit einem niedersächsischen Drohnenschutzgesetz sensible Einrichtungen wie Krankenhäuser, Bundeswehrstandorte oder Forschungseinrichtungen besser vor missbräuchlichem Einsatz schützen. Sicherheit muss mit moderner Technik mitwachsen.

Ein zentrales Anliegen bleibt für uns die frühkindliche Bildung. Wir fordern eine stabile Kita-Finanzierung ohne starre Zweckbindungen – damit Kommunen flexibel und verlässlich handeln können. Ebenso setzen wir uns für Planungssicherheit beim Ausbau der Ganztagsbetreuung ein, denn Familien brauchen klare Perspektiven. Darüber hinaus war uns auch der Schutz derjenigen wichtig, die in Notsituationen helfen. Mit unserem Gesetzentwurf zum Helferschutz wollten wir Ehrenamtliche besser absichern – doch Rot-Grün hat das abgelehnt. Wir bleiben dran: Wer hilft, verdient rechtlichen Rückhalt.

In dieser Ausgabe finden Sie einen Überblick über die wichtigsten Anträge, Standpunkte und Debatten des Plenums. Alle Informationen finden Sie wie immer auf den folgenden Seiten.

Ich freue mich auf Ihre Rückmeldungen – schreiben Sie mir gerne.

Herzliche Grüße und viel Spaß beim Lesen!

## **Jensen: „Keine Enteignung, keine Bevormundung, kein Aktionismus - Moorschutz muss mit den Menschen gestaltet werden“**

„Wenn wir über Moorschutz sprechen, dann sprechen wir nicht nur über CO<sub>2</sub>-Bilanzen, Klimaziele und Förderprogramme – wir sprechen über Lebensrealitäten.“ Mit diesem Appell hat sich die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen im Niedersächsischen Landtag deutlich zur aktuellen Debatte über Moorbodenschutz und Wiedervernässung geäußert. Besonders in Regionen wie der Wesermarsch, Friesland oder dem Emsland, wo der Moor-körper direkt unter den landwirtschaftlich genutzten Flächen liegt, herrsche große Unsicherheit. Die Menschen vor Ort seien mit Flächendruck, unklaren Vorgaben und wirtschaftlichen Risiken konfrontiert – oft ohne konkrete Informationen oder verlässliche Planungen.

Jensen warnt davor, dass ohne transparente Kommunikation und Beteiligung das Vertrauen in die Politik weiter schwindet. Maßnahmen zum Moorschutz könnten laut Berechnungen des Grünlandzentrums in der niedersächsischen Milchwirtschaft allein einen Produktionswertverlust von bis zu einer Milliarde Euro pro Jahr verursachen – mit gravierenden Folgen für Betriebe, Arbeitsplätze und ganze Regionen. Die CDU-Fraktion fordert daher, den Wandel mit Augenmaß zu gestalten. Es brauche eine ehrliche Bestandsaufnahme, verlässliche Daten, klare Regeln und vor allem Freiwilligkeit statt politischen Drucks. Mit dem Antrag „Moorbodenschutz gemeinsam mit den Menschen in



Niedersachsen gestalten“ setzt sich die CDU für wirtschaftliche Ausgleichsmechanismen nach dem Vorbild des Kohleausstiegs ein. Ziel sei es, Klimaschutz und Wertschöpfung in Einklang zu bringen – nicht durch Symbolpolitik, sondern durch realistische, praxisnahe Lösungen. Jensen kritisiert zudem, dass viele Fragen bislang unbeantwortet bleiben: Wer übernimmt die Haftung bei Ertragsausfällen? Wie werden Drainagen künftig geregelt? Und woher sollen Ersatzstoffe kommen, wenn Torf verboten wird?

„Die Menschen in den Moorregionen sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Aber sie erwarten auch, dass die Politik sie ernst nimmt“, so Jensen. Moorschutz sei notwendig – aber nur erfolgreich, wenn er gemeinsam mit den Betroffenen gestaltet werde. Für Niedersachsen, für den ländlichen Raum und für eine Politik mit Verantwortung.

# „Schule muss ein Schutzraum sein – auch vor digitalem Dauerstress“ – CDU-Fraktion fordert klare Regeln für Smartphone-Nutzung an Schulen und mehr Medienbildung

Die CDU-Landtagsfraktion fordert klare Regeln im Umgang mit Smartphones an Niedersachsens Schulen und hat dazu einen eigenen Gesetzesentwurf vorgelegt. Ziel ist es, Kinder besser vor digitalem Dauerstress, Ablenkung und Cybermobbing zu schützen – ohne dabei pädagogisch sinnvolle Anwendungen auszuschließen.

Marcel Scharrelmann MdL, Mitglied des Landtages, erklärt: „Es geht uns nicht um ein Zurückdrehen der Digitalisierung – aber um Kinderschutz, Konzentration und soziale Entwicklung. Schule muss ein Ort sein, an dem junge Menschen zur Ruhe kommen, sich entfalten und lernen können – und das geht nicht unter dem Dauerfeuer von Push-Nachrichten.“

Scharrelmann macht deutlich: „Wir erleben in vielen Gesprächen mit Lehrkräften, Eltern und Schulleitungen, dass die Belastung durch unregulierte Smartphone-Nutzung zunimmt – in den Pausen, im Unterricht, sogar auf dem Schulweg. Wir brauchen klare und verlässliche Rahmenbedingungen, damit Schulen handeln können.“ Der CDU-Vorschlag sieht vor, die Nutzung von Smartphones während des Unterrichts, in den Pausen und im Ganztagsbereich grundsätzlich zu untersagen – Ausnahmen soll es nur bei medizinischer Notwendigkeit, pädagogisch begründeten



Einsätzen oder altersgerechten Verantwortungskonzepten geben.

„Wir wollen keine Verbotskultur, sondern Orientierung“, so Scharrelmann. „Kinder und Jugendliche sollen sich auf das Wesentliche konzentrieren können – auf ihre Bildung, ihre Entwicklung und das soziale Miteinander.“

Doch bei Regeln allein will es die CDU-Fraktion nicht belassen. Mit einem ergänzenden Antrag fordert sie den verbindlichen Ausbau der Medienbildung. Geplant sind eine landesweite Digitalstrategie für Schulen, die Verankerung digitaler Kompetenzen in den Lehrplänen, regelmäßige Lehrerfortbildungen, mehr Elternarbeit und der stärkere Einsatz externer Medienpädagoginnen und -pädagogen.

„Unsere Kinder wachsen in einer digitalen Welt auf – wir müssen ihnen beibringen, wie sie sich schützen, wie sie mit Informationen umgehen und wie sie respektvoll kommunizieren“, so Scharrelmann. „Andere Länder wie Frankreich oder Italien machen es längst vor. Es ist höchste Zeit, dass Niedersachsen einen eigenen, klaren Weg geht: mit Regeln, mit pädagogischer Freiheit und mit echter Medienbildung.“

### **Fühner: Kultusministerin muss beim Ganztagsausbau endlich liefern**

„Wenn wir den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung nicht solide, verlässlich und partnerschaftlich ausgestalten, wird er für die Menschen vor Ort zur Zumutung statt zur Verbesserung.“ Mit diesen deutlichen Worten kritisierte Christian Fühner, kultuspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, in der Landtagsdebatte das Vorgehen der Landesregierung beim Ganztagsausbau.

Zwei Jahre vor Inkrafttreten des bundesweiten Rechtsanspruchs schlägt die kommunale Ebene Alarm – doch aus dem Kultusministerium komme zu wenig, zu langsam. „Das Mammutprojekt Ganztags bewegt sich mit der Geschwindigkeit einer Schnecke – das Vertrauen in der Fläche schwindet, und mit ihm die Geduld der Kommunen.“

Insbesondere kleinere Schulstandorte und Gemeinden leiden unter mangelnder Planbarkeit und unklarer Finanzierung. „Noch immer fehlen gesetzliche Regelungen, verbindliche Erlasse und eine faire finanzielle Ausstattung“, so Fühner. Bereits ab dem 1. August 2026 gilt der Anspruch.

Schulträger bräuchten jetzt klare Rahmenbedingungen. Die vorgeschlagenen Kapitalisierungsmodelle seien unzureichend. „390 Euro pro Kind und Jahr – das reicht vielleicht für einen Materialkoffer, aber nicht für Personal und Qualität.“

Auch externe Partner wie Kunst- und Musikschulen würden kaum berücksichtigt. Statt Förderung herrschten Unsicherheit und



Perspektivlosigkeit.

Die CDU-Fraktion fordert eine realistische Ausfinanzierung, Planungssicherheit und die verbindliche Einbindung externer Partner. „Der Rechtsanspruch darf nicht zum Papiertiger werden. Die Ministerin muss endlich Verantwortung übernehmen – statt sie abzuwälzen.“

### **Buschmann: „Polizei muss bedrohliche Drohnen sofort ausschalten dürfen – alles andere ist verantwortungslos“ - CDU-Fraktion fordert rechtssicheren Drohneneinsatz für Sicherheitsbehörden**

„Die Polizei muss bedrohliche Drohnen im Ernstfall sofort ausschalten können und dürfen – alles andere ist sicherheitspolitische Verantwortungslosigkeit. Das Können ist nicht das Problem, die Ermächtigungsgrundlage hingegen schon.“ Mit diesen Worten forderte Saskia Buschmann, polizeipolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, am Mittwoch im Landtag eine klare gesetzliche Grundlage für die Detektion und die Abwehr von gefährlichen Drohnen durch die Polizei in Niedersachsen.

Buschmann warnte vor den zunehmenden Gefahren durch Spionage und Sabotage mit Drohnentechno-

logie – und warf der rot-grünen Landesregierung vor, untätig zuzusehen. „Während über unseren Köpfen Drohnen surren, die sehen, hören, stören und sogar zerstören können, schreibt die Landesregierung weiter Prüfvermerke und analysiert“, so Buschmann.

Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion sieht eine eigene, verfassungskonforme Ermächtigungsgrundlage für den Einsatz von Drohnen durch die Polizei vor – als modernes Einsatzmittel zur Observation, Fahndung und Gefahrenabwehr. Die derzeitige Anwendung über die Generalklausel sei unzureichend und rechtlich unsicher.



„Wer unsere Polizei auf Paragraphen aus dem letzten Jahrhundert beschränkt, kann den Gefahren des 21. Jahrhunderts nicht begegnen“, erklärte Buschmann. Niedersachsen brauche eine moderne Sicherheitsarchitektur, die klare Eingriffsrechte für Polizei und Verfassungsschutz schaffe – und nicht nur verwaltet, sondern schützt.

### **Holsten und Ramdor: Mehr Fairness im Gesundheitssystem – Geschlechterunterschiede in der Medizin berücksichtigen!**

„Medizin funktioniert nicht nach dem Prinzip ‚One-size-fits-all‘ – genau deshalb brauchen wir mehr geschlechtersensible Forschung und Versorgung“, fordert Eike Holsten, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Gemeinsam mit Sophie

Ramdor, frauenpolitische Sprecherin, fordert er konkrete Verbesserungen in Diagnostik, Therapie und medizinischer Ausbildung.

„Frauen und Männer werden anders krank, zeigen andere Symptome – aber unser Gesundheitssystem ist auf den Durchschnittsmann ausgerichtet“, so Holsten.



Er verweist auf alarmierende Unterschiede: „Frauen kommen im Schnitt zwei Stunden später mit einem Herzinfarkt in die Klinik – und haben ein 1,5-mal höheres Risiko, im ersten Jahr daran zu sterben.

Nicht, weil sie schlechter untersucht werden, sondern weil ihre Symptome anders aussehen.“ Auch bei Männern gebe es Forschungslücken: „Erkrankungen wie Osteoporose oder Depressionen werden bei Männern oft zu spät

erkannt – weil sie nicht ins gewohnte Bild passen.“

Ramdor betont: „Wir brauchen ein Gesundheitssystem, das die Realität



aller Menschen abbildet. Das beginnt bei der Forschung, reicht über die Lehre bis in die ärztliche Weiterbildung.“ Erkrankungen wie Endometriose und Lipödem würden oft nicht ernst genommen – trotz Millionen Betroffener.

„Unser Antrag zeigt auf, wo wir ansetzen müssen“, so Ramdor. „Wir brauchen eine moderne Medizin, die allen gerecht wird – so schnell wie möglich.“

### **Kämmerling und Mohrmann: Umweltminister Meyer verweigert sachgerechte Aufklärung in der vom Umweltministerium zu verantwortenden Affäre rund um das LabÜN – CDU beantragt Aktenvorlage**

Trotz mehrfacher Nachfragen hat Umweltminister Christian Meyer

zentrale Fragen der CDU-Fraktion zur Förderung des Landesbüros für Naturschutz (LabÜN)

nicht oder nur unzureichend beantwortet. Dabei geht es um massive Vorwürfe des Landesrechnungshofs (LRH) zu möglichen Rechtsverstößen, fehlenden Konsequenzen und der Verjährung möglicher Rückforderungen. Auch ob es interne



Regelungen im LabÜN zur Verteilung öffentlicher Mittel gibt, ließ der Minister offen.

„Keine unserer Fragen wurde zufriedenstellend beantwortet. Das war ein Offenbarungseid“, kritisierte Verena Kämmerling, umweltpolitische Sprecherin der CDU.

Der agrarpolitische Sprecher Dr. Marco Mohrmann warf Meyer vor, mit Angriffen auf den Landesrechnungshof von eigenen Versäumnissen ablenken zu wollen. „Der Rechnungshof schützt das Haushaltsrecht, das offenbar jahrelang



verletzt wurde.“ Unverständlich sei zudem, warum die Staatsanwaltschaft

trotz intensiver Medienberichterstattung noch kein Verfahren eingeleitet habe. Ein Ermittlungsverfahren böte die Möglichkeit zur umfassenden rechtlichen Klärung.

Als Reaktion auf die unzureichenden Antworten kündigt die CDU-Fraktion nun einen Antrag auf umfassende Akteneinsicht im Umweltausschuss an, um offene Fragen aufzuklären.

# Der Monat in Bildern

**EU-Projektwoche am Gymnasium in Sulingen**



**EU-Projekttag am Gymnasium in Syke**



**Vorstellung des Bahnhofskonzepts in Diepholz**



Quelle: Pressestelle Diepholzer Kreisbahn EVU GmbH

**Delegationsreise Südafrika**



**Eröffnung des Coworking-Space in Diepholz**



**Entlassung der Abiturientia am Hildegard-von-Bingen Gymnasium in Twistingen**

